

Jetzt erwachen die Kritiker

Bisher gibt es für Burkhalter fast nur Lob, doch seine Personalpolitik sorgt für Irritation

Der neue Gesundheitsminister Didier Burkhalter hat gestern nach knapp 100 Tagen als Bundesrat eine erste Bilanz gezogen. Zu reden aber geben vor allem seine Mitarbeiter.

BEAT RECHSTEINER

Der Neue steht unter verschärfter Beobachtung. Es sei ein «Warnsignal», wie FDP-Bundesrat Didier Burkhalter jene Mitarbeiter auswähle, die ihn im Arbeitsalltag am engsten begleiten, sagt SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr. «Man muss künftig genau hinschauen.»

Gesundheitspolitiker und Lobbyisten fürchten, dass der neue Innenminister seine oft gepriesene Unabhängigkeit bald verlieren und zum Spielball der Pharmabranche werden könnte. Der Grund für die Annahme: Burkhalters Personalpolitik. Sein frisch eingesetzter Generalsekretär Benno Bättig war zuletzt für Galenica tätig. Für ein Unternehmen also, das eine Pharmasperte hat. Zudem hat der Neuenburger seine zwei persönlichen Mitarbeiter Jon Fanzun und Damien Cottier beim Generalsekretariat der FDP rekrutiert. Dort führt als Chef Stefan Brubpacher das Zepher – ein ehemaliger Mitarbeiter von Novartis-Boss Daniel Vasella. Und ganz grundsätzlich ist beim Thema Pharma der Gedankenbogen zum Freisinn sehr rasch geschlagen: Hartnäckig halten sich in Bundesbern die Gerüchte, die FDP lasse sich bei Entscheidungen im Parlament gerne von der Branche inspirieren.

Zwar mag kaum ein Politiker oder ein

Lobbyist aus dem Gesundheitswesen die Personalentscheidungen Burkhalters offen kritisieren. Man will es sich mit dem neuen Hoffnungsträger an der Spitze des Innendepartements offensichtlich nicht verscherzen. Doch hinter vorgehaltener Hand spricht etwa ein Krankenkassenvertreter Klartext: «Ich halte die Nähe zur Pharma für höchst problematisch, die Auswahl seiner Mitarbeiter könnte für Burkhalter zu einem Bumerang werden.» Ein Ärztenvertreter betont, wie wichtig es sei, dass Interessenkonflikte nicht Burkhalters Gesundheitspolitik beeinträchtigen, und warnt: «Er und seine Mitarbeiter müssen da sehr vorsichtig sein.»

Kontrastprogramm zum Vorgänger

Offensichtlich ist, dass auch die Nähe zwischen Partei und Bundesrat bei Burkhalter wesentlich ausgeprägter ist als noch bei seinem Vorgänger Pascal Couchepin. Dieser wurde vor allem gegen Ende seiner Amtszeit auch innerhalb der FDP immer wieder heftig kritisiert. Couchepin galt als unabhängiger, manchmal eigensinniger Kopf, der sich nicht davor scheute, Interessengruppen und Politiker gegen sich aufzubringen. Zuweilen wurde ihm gar nachgesagt, er gebärde sich wie ein Elefant im Porzellanladen.

Didier Burkhalter ist dazu nun das Kontrastprogramm. Er predigt unaufhörlich den Dialog und die Verständigung zwischen den einzelnen Interessengruppen. Deshalb gewähren ihm wichtige Gesundheitspolitiker wie SVP-Nationalrat



ERSTMALS IM GEGENWIND Innenminister Didier Burkhalter. MICHAEL BUHOLZER/REUTERS

Toni Bortoluzzi oder CVP-Nationalrätin Ruth Humbel Kredit. Man vertraue ihm, heisst es auf Nachfrage.

Widerstand bei Ärztenetzwerken

Allerdings spürt Burkhalter bereits jetzt ein erstes Mal Gegenwind bei einem Sachgeschäft. Sein Zauberwort für die Zukunft des Gesundheitswesens heisst Managed Care – und mit seinen Vorschlägen dazu hat er die Krankenversicherer

und die Ärzteschaft gegen sich aufgebracht (siehe Interview). Der Innenminister fordert, dass künftig alle Kassen dazu gezwungen werden, Modelle mit integrierten Ärztenetzwerken anzubieten. Gemeint sind damit medizinische Zentren, in denen der Patient stets den gleichen Ansprechpartner hat und Behandlungen besser koordiniert werden. Gegen den Zwang setzen sich die Versicherungen und die Mediziner nun aber zur Wehr.

«Es ist normal, dass solch kritische Reaktionen kommen»

BEAT RECHSTEINER

Herr Burkhalter, wie fällt Ihre Bilanz nach den ersten drei Monaten als Bundesrat aus?

Didier Burkhalter: Ich fühle mich sehr wohl im Amt, die intensive Arbeit gefällt mir gut. Ich schätze die Atmosphäre in der Regierung, dieses lösungsorientierte Politisieren. Und ich glaube, dass nun Bewegung in die wichtigsten Dossiers kommt.

Präsent waren Sie in der Öffentlichkeit bisher aber kaum.

Burkhalter: Es wurde in diesen drei Monaten sehr viel gearbeitet. Man sollte aber erst dann in der Öffentlichkeit

über Projekte und Reformen sprechen, wenn Ergebnisse vorliegen, wenn etwas zu Ende gedacht ist.

Was sind die grössten Baustellen?

Burkhalter: Erstens, dass die zuletzt gespürte Bewegung bei der Reform der Krankenversicherung erhalten bleibt. Zweitens die Reformen der verschiedenen Sozialversicherungen. Und drittens, dass wir das hohe Niveau im Bereich Forschung und Bildung im internationalen Wettbewerb behalten können.

Von den Krankenkassen kommt bereits Kritik, weil Sie sie dazu verpflichten

wollen, künftig Modelle mit integrierten Ärztenetzwerken anzubieten. Gehen Sie beim so genannten Managed Care auf Konfrontationskurs?

Burkhalter: Es ist normal, dass solch kritische Reaktionen kommen, wenn wir rasch vorangehen und die Eckwerte der Reform festlegen. Wichtig ist, dass wir in einer Übergangsphase Lösungen finden, mit denen alle Beteiligten leben können.

Ihre nächste grosse Herausforderung wird die Abstimmung über die Senkung des Umwandlungssatzes in der 2. Säule. Rechnen Sie mit einem Nein?

Burkhalter: Es ist völlig offen, ob es am 7. März ein Ja oder ein Nein geben wird.

Ich finde es wichtig, dass der Pakt der Generationen nicht zerstört wird. Wir müssen der Bevölkerung verständlich machen, dass auch die kommenden Generationen auf solide und stabile Sozialversicherungen angewiesen sind.

Sie betonen stets die Bedeutung des Dialogs in der Politik. Ist das der grosse Unterschied zu Ihrem Vorgänger Pascal Couchepin?

Burkhalter: Ich weiss es nicht, ich war ja nicht im Bundesrat, als Pascal Couchepin noch im Gremium war. Ich weiss einfach, dass man ohne Dialog und Partnerschaften nicht sehr weit kommt in der Politik.

«Nef ist ein Opfer seiner selbst»

Politiker, die den Fall Nef untersucht haben, sind schockiert über seine Aussagen

Ex-Armeechef Roland Nef brach am Dienstag nach langer Zeit sein Schweigen. Sein Auftritt in Tele Züri und seine Anschuldigungen kommen jedoch schlecht an.

JESSICA PFISTER

«Ich war schockiert, dass Roland Nef keinerlei Fortschritte gemacht hat», sagt FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger. Sie ist Mitglied der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (GPK), welche den Fall Nef im Herbst 2008 untersucht hatte. «Seine mangelnde Selbstkritik ist tragisch.» Denn Nef sei weder ein Opfer der Medien noch der Politik – sondern schlicht seiner selbst.

«Er kann einem nur noch leidtun»

Ins gleiche Horn bläst SVP-Nationalrat und GPK-Mitglied Christian Miesch: «Nefs Anschuldigung, dass seine Entfernung generalstabsmässig geplant worden sei, ist völlig daneben.» Die GPK habe sich grosse Mühe gemacht, alle Aspekte zu beleuchten. Und über den Vorwurf des Ex-Militärs, die SVP habe ihn ins Visier genommen, um letztlich seinem Vorgesetzten, VBS-Chef Samuel Schmid, zu schaden, kann Miesch nur den Kopf



SORGT FÜR AUFSEHEN Roland Nef (l.) bei Markus Gilli von Tele Züri. TELE ZÜRI

schütteln: «Der Mann kann einem nur noch leidtun.»

Andreas Durisch, Chefredaktor der «Sonntagszeitung», die den Fall am 13. Juli 2008 publik machte, wehrt sich ebenfalls gegen Nefs Anschuldigung einer «medialen Vernichtungsschlacht»: «Die Vorwürfe sind nicht gerechtfertigt, die Faktenlage war klar», sagte er auf Anfrage. Für die Offensive von Nef im Fernsehen hat Durisch aber ein gewisses Verständnis: «Ich finde es menschlich nachvollziehbar, dass er sich von seiner schwierigen Situation aufzurappeln versucht.»

Die Frage ist nur, ob der 51-jährige mit seinem öffentlichen Auftritt den richtigen Weg gewählt hat. Denn immerhin ist er nach eigenen Angaben trotz zahlreichen Bewerbungsschreiben noch immer ohne Job.

«Für mich wäre er nicht vermittelbar»

Für Headhunter Thomas A. Biland, von Thomas A. Biland Executive Search, ist klar: «Der Auftritt hat Nef mehr geschadet als genützt.» Zwar könne der Schritt in die Öffentlichkeit durchaus erfolgreich sein. «Was bei Roland Nef jedoch gefehlt hat, ist die Selbstkritik», so Biland. Es sei überhaupt nicht durchgekommen, dass er allfällige Fehler beue. «Das ist problematisch, denn in seinem Fall handelt es sich nicht um sachliche, sondern um moralische Vorwürfe.»

Deshalb werde er es «sehr schwer haben», einen Job zu finden. Die einzige Möglichkeit sieht der Headhunter bei einer Person, die Nef kennt und persönlich mag, die Armee versteht – respektive ihr nahesteht und ihm deshalb eine Chance gibt. Bei Biland anzuklopfen, würde Nef hingegen nichts bringen: «Für mich wäre er aufgrund der Stalking-Anschuldigungen nicht vermittelbar.»

SVP-Initiative nicht ungültig

Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative

Die Staatspolitische Kommission des Ständerats hat sich auf die Grundzüge eines direkten Gegenvorschlags zur Ausschaffungsinitiative der SVP geeinigt. Zuvor ist sie zum Schluss gekommen, dass das Begehren ungültig ist. Hansheiri Inderkum (CVP/UR) begründete dies damit, dass im Initiativtext von «ausweisen» und nicht von «ausschaffen» die Rede sei. Um zwingendes Völkerrecht gehe es erst beim Vollzug, also bei der Ausschaffung. Demnach darf man niemanden in ein Land zurückzuschaffen, in dem das Leben oder die Freiheit des Betroffenen gefährdet ist. Im direkten Gegenvorschlag schlägt die Kommission vor, dass Ausländer dann wegweisen werden sollen, wenn sie für ein Delikt verurteilt wurden, bei dem die Mindestfreiheitsstrafe ein Jahr beträgt. Kein Verständnis hat die Kommission dafür, dass die SVP Ausländer auch bei «Sozialmissbrauch» wegweisen will. (DDP)

Nachrichten

Jura will die Häftlinge

Der Kanton Jura will zwei Häftlingen aus Guantánamo aufnehmen. Der Regierungsrat gab gestern bekannt, dass der Aufnahme des uigurischen Brüderpaars aus humanitären Gründen nichts mehr im Wege stehe. Den definitiven Entscheid muss allerdings der Bundesrat fällen. Das jurassische Parlament hatte vergangene Woche die Aufnahme mit grosser Mehrheit gefordert. Gegen die Aufnahme der Uiguren hatte China protestiert. (DDP)

Armasuisse Klage gegen Ex-Mitarbeiter

Die Bundesanwaltschaft (BA) hat gegen einen ehemaligen Mitarbeiter der Armasuisse Anklage beim Bundesstrafgericht in Bellinzona erhoben. Dem Mann werden ungetreue Amtsführung und Urkundenfälschung im Zusammenhang mit der Abrechnung von Liquidationsgeschäften vorgeworfen, wie die BA mitteilte. (DDP)

Chur Veruntreuung bei Sozialen Diensten

In der Churer Stadtverwaltung ist ein Veruntreuungsfall aufgedeckt worden. In den Sozialen Diensten hat eine angestellte Person Geldbeträge in noch unbekannter Höhe für eigene Zwecke verwendet, wie die Stadtkanzlei Chur mitteilte. Die betroffene Person sei geständig. (DDP)

Verkehr Kampagne für ältere Menschen

Ältere Menschen sollen sicherer durch den Strassenverkehr kommen: Der Fachverband der Fussgänger, Fussverkehr Schweiz, hat eine entsprechende Kampagne lanciert, wie er gestern bekannt gab. Die Unfallstatistik zeige, dass über 80-Jährige im Vergleich zu 40- bis 64-Jährigen ein achtfach grösseres Risiko haben, schwer oder tödlich verletzt zu werden. Am häufigsten wird die Anhaltepflicht am Fussgängerstreifen missachtet. (DDP)

Wallis Konzerte waren antisemitisch

Das Walliser Kantonsgericht hat die Schuldsprüche wegen Rassendiskriminierung gegen sechs Organisatoren eines Neonazi-Konzerts in Gamsen bestätigt. Der Vorfall geht auf den 17. September 2005 zurück, als Personen aus dem rechtsextremen Umfeld in der ehemaligen Diskothek Crazy Palace ein Konzert durchführten. Dabei kam es zu Heil-Hitler-Rufen. Eine Band spielte das antisemitische Lied «Blut muss fliessen». (DDP)

Daten Kommission ist gegen biometrische ID

Auch künftig sollen Identitätskarten (ID) ohne biometrische Daten ausgestellt werden. Nach dem Nationalrat hat sich auch die Staatspolitische Kommission (SPK) des Ständerats für die Beibehaltung einer «herkömmlichen» ID ausgesprochen. Mit 7 zu 4 Stimmen wurde aber ein Vorstoss der Schwesterkommission abgelehnt. Sie forderte, dass auf die zentrale Speicherung der Daten verzichtet wird, die im biometrischen Pass enthalten sind. (DDP)